

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Jürgen Schmude MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, fordert auf, die Konflikte mit der DDR auszuräumen: Die Nation ist eine Realität, die nicht weggeregelt werden kann.

Seite 1

Hans Matthöfer MdB stellt fest, daß die Sicherung des Friedens ohne ein starkes Europa nicht möglich ist: Die Krisen überwinden!

Seite 5

Robert Antretter MdB warnt, daß die Zyniker auf dem Stuttgarter-Gipfel bei der Arbeitslosigkeit nicht das letzte Wort haben dürfen: Eine letzte Chance.

Seite 9

38. Jahrgang/ 113

16. Juni 1983

Die Konflikte ausräumen

Die Nation ist eine Realität, die nicht weggeregelt werden kann

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Zum 30. Mal gedenken wir der Auflehnung deutscher Menschen gegen Gewalt, Unrecht und Unfreiheit. Über alle Parteigrenzen hinweg bekunden wir damit: Die Ereignisse des 17. Juni 1953 sind wichtiger Bestandteil der deutschen Geschichte. Sie dürfen nicht vergessen werden. Sie sind eine fortwährende Mahnung an die deutsche Politik.

Der 17. Juni 1953 markiert nur einen jener Einschnitte, mit denen die Trennung beider Teile Deutschlands verdeutlicht und zugleich verschärft worden ist. Mit der Gründung beider deutscher Staaten im Jahre 1949 begann diese Entwicklung, nach dem 17. Juni 1953 setzte sie sich in vielen Schritten zusätzlicher Abtrennung bis zu dem traurigen Höhepunkt am 13. August 1961 fort und fand auch damit noch nicht ihr Ende.

An Protesten hat es bei keinem dieser Schritte gefehlt. Ihre Erfolglosigkeit mußte mit der Zeit die Einsicht fördern, daß an einer Politik des Ausgleichs mit dem Osten auf der Ebene staatlicher Beziehungen nicht vorbeizukommen war, wenn man die verhängnisvolle Entwicklung des Auseinanderdriftens beider Teile Deutschlands zumindest aufhalten wollte.

Seit dem Beginn der 70er Jahre ist, anfangs noch heftig umstritten, von der Bundesrepublik eine solche Politik des Ausgleichs gemacht worden. Sie hat auf der Grundlage der Ostverträge, des Viermächte-Abkommens über Berlin und des Grundlagenvertrages mit der DDR eine erhebliche Verbesserung und Verdichtung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten erreicht. Dieser Fortschritt nützt nicht nur den Staaten, sondern vor allem den in ihnen lebenden Menschen. Die in Artikel 1 des Grundlagenvertrages angestrebten "normalen gutnachbarlichen Beziehungen" sind zwar noch immer nicht erreicht. Das heute vorhandene Geflecht vielfältiger Vereinbarungen und sonstiger Verbindungen beweist aber täglich seine hohe Leistungsfähigkeit und hat wiederholt auch Belastungen und Rückschläge ertragen und geholfen, sie zu überwinden.



Mit der Vertragspolitik ist zugleich der Abbau von Spannungen erreicht worden. Der Frieden in Mitteleuropa ist gestärkt worden. Dabei mag man bedauern, daß die Entspannungspolitik in unserem Bereich nicht noch mehr bewegt hat und daß sie in anderen Regionen überhaupt nicht hineinwirken konnte. Aber zu unseren Gunsten hat sie gewirkt und an der verbesserten Sicherheitslage Berlins - neben anderem - wird das besonders deutlich.

Millionenfache zusätzliche Begegnungen der Menschen in beiden deutschen Staaten sind in den letzten zehn Jahren möglich geworden. Damit ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen gestärkt worden und hat wichtige neue Grundlagen erhalten. Ihr Gefühl, zu einer gemeinsamen Nation zu gehören, ist neu belebt und gefestigt worden.

Diese Feststellungen entheben uns leider nicht der besorgten Frage, woher wir auf Dauer die Kraft zur Fortführung der Deutschlandpolitik nehmen werden. Kann das Engagement füreinander in beiden deutschen Staaten nach über 30 Jahren der Trennung erhalten bleiben? Schon heute hat die Mehrheit der Deutschen das Zusammenleben in einem Staat nicht mehr selbst erlebt.

#### Appell, die bisherige Deutschlandpolitik fortzuführen

Neben Gleichgültigkeit und Unkenntnis erleben wir bei den Bürgern unseres Landes, und auch bei den jungen Menschen, immer wieder lebhaftes Interesse für den anderen deutschen Staat, ein stabiles Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Deutschen in der DDR und die Forderung, dieser Einstellung durch politisches Handeln zu entsprechen. Ich verstehe diese Forderung als Appell, die bisherige Deutschlandpolitik fortzuführen. Die Fortführung hat am gegenwärtig erreichten Stand anzusetzen. Kontinuität, die stattdessen durch Vorstellungen der 50er und 60er Jahre bestimmt wird, wäre das Gegenteil von dem, was der Begriff sagt.

Dabei ist über die bloße Einhaltung der Verträge hinaus das ständige Bemühen um ihre Ausfüllung und Fortentwicklung unerlässlich. Rückschläge und Schwierigkeiten auf diesem Wege wird es auch künftig geben. Sie müssen im Geist der Verständigungsbereitschaft überwunden werden und dürfen nicht zum Anlaß dienen, Konflikte zu verschärfen und die Verschlechterung der Beziehungen zur DDR zu betreiben.

Gelegenheiten zur derartigen Konfrontationspolitik können sich, ähnlich beim Todesfall Burkert im April dieses Jahres oder in völlig anderer Gestalt, immer wieder ergeben. Wer sie zur Störung und zum Abbruch bestehender Beziehungen ausnutzen will, zeigt damit seine Gegnerschaft zum Verständigungskurs. Er unternimmt den aussichtslosen Versuch, durch den Druck von Konflikten zu erreichen, was in Verhandlungen und Gesprächen als zu mühsam erreichbar erscheint. Durch negative Erfahrungen der Vergangenheit sollten wir uns vor einem solchen Kurs warnen lassen.

Das alles bedeutet nicht Duckmäusererei und nicht Schweigsamkeit gegenüber Mißständen, Fehlgriffen oder auch Verbrechen. Den - auch öffentlichen - Hinweis auf Mängel ihres Systems und Verstöße gegen Wortlaut oder Geist der Vereinbarungen dürfen und wollen wir der DDR nicht ersparen. Wer gleichberechtigter Staat unter modernen Staaten in Europa sein will, wer in Helsinki die KSZE-Schlußakte mit die Verpflichtung auf Menschenrechte und Informationsfreiheit unterzeichnet, darf sich nicht beschweren, wenn andere ihm die Verletzung dieser Pflichten vorhalten.

Als es vor Jahren darum ging, die Staatlichkeit der DDR anzuerkennen und damit die Voraussetzung entsprechende Anerkennung durch viele andere Staaten zu schaffen, war mancher bei uns besorgt wegen der erwarteten Aufwertung der DDR. Andere wiesen schon damals darauf hin, daß die DDR-Regierung aus normalen Beziehungen zu demokratischen Staaten nicht nur Vorteile, sondern auch kritische Fragen und Forderungen erwarten muß. Das ist inzwischen in vollem Umfang eingetroffen.

Soweit solche Vorhaltungen von uns kommen, sollten sie aber in Form und Inhalt darauf abgestimmt sein, Mängel und Einschnitte in den Beziehungen zu überwinden, statt sie noch zu vertiefen und zu verschärfen.

Im grundsätzlichen bleibt es unverändert das Ziel unserer Politik, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Die zuweilen formelhafte Wiederholung dieser Aussage verdeckt, daß sie - im Vergleich zu früheren Betrachtungsweisen - von Nachdenklichkeit und Bescheidenheit geprägt ist.

Sie drückt die Einsicht aus, daß die deutsche Einheit auf absehbare Zeit nicht erreicht werden kann. Sie kann allenfalls das Ergebnis eines Prozesses sein, dessen Entwicklung wir beeinflussen, aber weder beherrschen noch in seinem Ergebnis absehen können. Wer das

35. Jahrgang / 113 / 16. Juni 1983

ignoriert, unterstützt Illusionen. Sie können in ihrer politischen Wirkung umso gefährlicher werden, je verschwommener und realitätsferner sie sind.

Danach wäre es aussichtslos und unmöglich, mit der deutschen Frage Schluß zu machen, sie durch irgendeine derzeit mögliche Regelung "schließen" zu wollen. Sie würde sich immer wieder neu stellen. Zusammengehörigkeit in einer Nation ist eine Realität, die nicht weggeregelt werden kann.

Auf der anderen Seite dürfen wir nichts Positives davon erhoffen, daß die deutsche Frage wie eine Wunde offengehalten wird, deren Heilung nur durch die Herstellung staatlicher Einheit erfolgen kann. Wenn dieser Forderung dadurch noch Nachdruck verliehen werden soll, daß die deutsche Einheit zur Voraussetzung eines dauerhaften Friedens in Europa gemacht wird, können nachteilige Folgen im In- und Ausland erst recht nicht ausbleiben.

#### Unser Ziel darf uns nicht zu Störenfrieden machen

Über Jahrzehnte hin offene Wunden sind nicht attraktiv. Sie stören, sie stoßen ab. Im Ausland, und zwar auch bei unseren eigenen Freunden, löst diese Darstellung den dringenden Wunsch aus, daß die Deutschen sich endlich zufrieden geben. Wenn da noch Frieden und Einheit miteinander verknüpft werden, wird das Anlaß zu Mißtrauen, Sorge und auch aktiver Vorsorge dagegen, daß die Deutschen an ihrem Ziel festhalten und damit womöglich Störenfrieden werden.

Die in Deutschland selbst benötigte Zustimmung würden wir mit einer solchen Politik bei den Menschen erst recht nicht finden. Bleibt das Bemühen um die Schließung einer Wunde über lange Zeit erfolglos, so bewirkt es keinen Ansporn mehr, sondern Gleichgültigkeit und Entmutigung.

Diese Gefühle würden sogar den Blick auf Chancen verstellen. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Fortbestand der deutschen Nation nur insoweit akzeptiert und für aussichtsreich gehalten wird, wie die Wahrscheinlichkeit einer Vereinigung besteht. Denn die Menschen müßten dabei zu der Meinung kommen, um beides sei es schlecht bestellt. Bestand und Möglichkeiten der Nation würden damit verkannt.

Alles, was den Begegnungen zwischen deutschen Menschen und allgemein menschlichen Erleichterungen dient, ist fortzuführen und weiterzuentwickeln. Dies um der Menschen, ihrer Interessen Willen. Menschliche Erleichterungen und Menschenrechte dürfen nicht zu Instrumenten des politisch-ideologischen Kampfes gemacht werden. Daß sich bei ihrer Stärkung politische Wirkungen einstellen, ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist inzwischen auch, daß wir uns vom Ansprechen dieses Themas nicht mit dem Einwand der angeblichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates abhalten lassen. Aber zum erklärten Instrument westlicher Politik, deren Vorstellungen wir auf diese Weise in die Ostblockstaaten hineinragen wollen, dürfen wir das Menschenrechtsthema nicht werden lassen. Wir würden ihm damit einen schlechten Dienst erweisen, weil wir selbst den betroffenen Staaten die Gründe für den Widerstand unserer Bemühungen liefern würden.

Deshalb eignet sich auch das Feld der humanitären Hilfe in Einzelfällen weder für Experimente noch für publizistische Meinungskämpfe. Diese besonderen Bemühungen müssen in der bewährten Form - und auch unter Inkaufnahme ihrer manchmal wenig erfreulichen Besonderheiten - fortgesetzt werden. Viele bedrängte - und oft verzweifelte - Menschen wären sonst die Leidtragenden.

Wer die Vertragspolitik und die mit ihr entstandenen Beziehungen fortentwickeln will, sollte auch dazu bereit sein, unvoreingenommen seine eigenen Positionen daraufhin zu überprüfen, ob sie nicht doch Bewegung und damit Fortschritt zulassen. Soweit das der Fall ist, dürfen solche Möglichkeiten nicht ungenutzt bleiben. Aber weder Ungeduld noch Lockungen oder Drohungen sollten uns dazu verleiten, die durch unser Grundgesetz bekräftigte deutsche Staatsangehörigkeit aufzugeben. Niemand darf glauben, daß Sperr- und Verbotsmaßnahmen der DDR entfielen, wenn DDR-Bürger bei uns zu Ausländern würden. Neue Forderungen nach einem Aufnahmeverbot und Zurücklieferung bei unerlaubt Ausgereisten würden uns stattdessen mit dem Hinweis gestellt werden, erst danach könne man an die weitere Liberalisierung des Reiseverkehrs denken. Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wäre also nichts weiter, als eine juristische Formalität, die nichts zum Besseren wendet, eine deutsche Gemeinsamkeit von großer tatsächlicher und symbolischer Bedeutung aufgibt und die Deutschen in Berlin in eine ungeklärte Lage bringt.

Durch Klarstellung unserer unveränderten Rechtsauffassung und eindeutige Sprache könnten wir aber vielleicht erreichen, daß die DDR im jetzigen Rechtszustand kein nennens-

wertes Problem mehr sieht. Zu dieser Klarstellung gehört, daß wir mit unserem Staatsangehörigkeitsrecht keine Rechte der DDR verletzen. Unser Recht enthält keinen staatlichen Besitzanspruch der Bundesrepublik auf DDR-Bürger. Es ist vielmehr ein Angebot an diejenigen Deutschen aus der DDR, die in den Schutzbereich bundesdeutscher Hoheitsträger gelangen und das Angebot annehmen. Ich halte es für ein immer wieder bewegendes Erlebnis deutscher Gemeinsamkeit, wenn Rentner oder Verlobte, wenn zusammengeführte Familien oder Häftlinge aus der DDR nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik sich hier ohne weiteres ihren Paß abholen können und vom ersten Tag ihres Aufenthalts an in voller Gleichberechtigung zu uns gehören.

Zur Klarstellung gehört aber auch, daß wir nach Artikel 6 des Grundlagenvertrages die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR als Staat respektieren. Dieser Respekt schließt ihre Personalhoheit und ihre Regelungskompetenz in Fragen ihrer Staatsbürgerschaft ein. Zum Beispiel bestreiten wir der DDR nicht das Recht, Ausländer bei sich einzubürgern. Wir behalten uns, wie das Bundesverwaltungsgericht kürzlich festgestellt hat, aber vor, solche DDR-Bürger von dem Angebot unserer Staatsangehörigkeit auszunehmen.

Mancherlei Besonderheiten in Praxis und Recht der DDR lassen übrigens bezweifeln, daß sie die Bundesrepublik als Ausland behandelt. Ihre Ausbürgerungspraxis gehört dazu. Daß sie Menschen gegen ihren Willen aus ihrem Staatsverband verstößt, ist politisch ein Skandal und ein bleibendes Armutszeugnis. Die DDR würde angesichts der von ihr geschlossenen internationalen Vereinbarungen aber auch grob völkerrechtswidrig handeln, wenn sie solche Menschen, wie den vor wenigen Tagen ausgebürgerten und abgeschobenen Roland Jahn aus Jena, in die Staatenlosigkeit verstieße. Hier läßt es sich die DDR offenbar gerne gefallen, daß die Staatenlosigkeit ausbleibt, weil die deutsche Staatsangehörigkeit unserer Rechtsordnung gilt.

Nicht Abtrennung, - auch nicht juristische Abtrennung -, sondern verstärkte Begegnungen und Beziehungen zwischen den Menschen bleiben unser deutschlandpolitisches Ziel. Für solche Begegnungen auf allen Ebenen und in allen möglichen Formen müssen wir noch nachdrücklicher werben. Mehr Informationen über Urlaubsmöglichkeiten in der DDR würden die 1982 gestiegene Zahl dieser Reisen sicherlich weiter zunehmen lassen. Um den Abbau des bei allen Reisen obligatorischen Mindestumtausches müssen wir uns weiter bemühen. Das aber darf nicht in einer Form geschehen, die beim Betrachter den Umtausch zur Hürde im Reiseverkehr macht und ihn somit von eigenen Reiseplänen abschreckt.

Auch der Reiseverkehr in umgekehrter Richtung verdient unsere Aufmerksamkeit. Da bewegt mich die Erkenntnis, daß Reisemöglichkeiten von Rentnern vielfach nicht ausgeschöpft werden, weil sie zwar Verwandte im Westen haben, dort aber keine Aufnahmebereitschaft finden. Jeder bei uns mag sich prüfen, ob er in dieser Hinsicht nicht mehr als bisher für die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls tun kann.

Das Erfordernis der Ausgewogenheit von Leistungen und Gegenleistungen in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist selbstverständlich. Die Bewertung darf aber nicht nach materiellen Maßstäben allein erfolgen. Die durch Leistungen und Handel entstandene Interessenverflechtung, die positiven Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR und die durch materielle Leistungen ermöglichten sonstigen Beziehungen und Verbindungen haben bei dieser Abwägung sehr gewichtigen Wert. Auch zeitweilige Gegenleistungsdürfen wir dabei nicht unterschätzen. Sie stärken nicht nur begrenzt das Geflecht der Beziehungen, sondern haben stets auch die Tendenz zur Weiterwirkung.

So müssen wir mit Umsicht und Energie alle Chancen nutzen, um das bisher Erreichte zu bewahren und auszuweiten, statt tatenlos auf das zur Zeit Unerreichbare zu warten. Vielleicht hat die Zukunft für lange Zeit auf die deutsche Frage die Antwort des gutnachbarlichen oder gar freundschaftlichen Nebeneinander statt der staatlichen Einheit zu bieten. Soweit sind wir im Zeitalter der Sperrgrenze in Deutschland und der sich verschärfenden militärischen Konfrontation zwischen den Weltmächten leider noch nicht. Wir sollten es aber um der Menschen in Deutschland Willen anstreben, auch wenn damit die deutsche Einheit noch nicht zu verwirklichen ist.

Das Ziel der Demonstranten vom 17. Juni 53 ist bei weitem nicht erreicht. Aber wir entfernen uns nicht mehr von ihm. Im Gegenteil: Mit Zähigkeit und Geduld, mit Phantasie und gutem Willen können wir uns ihm weiterhin schrittweise nähern. (-/16.6.1983/ks/ca)

(Auszug aus der Rede am 17. Juni 1983 in Bad Salzflun).

Die Krisen Überwinden!  
-----

Die Sicherung des Friedens ist ohne ein starkes Europa nicht möglich

Von Hans Matthöfer MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Wer den Frieden sichern will, der darf sich nicht darauf beschränken, zum Zwecke der Abschreckung das militärische Gleichgewicht durch immer neue Rüstungsanstrengungen und durch immerwährende Vergrößerung der auf beiden Seiten sich anhäufenden Vernichtungspotentiale zu gewährleisten, er muß vielmehr die möglichen Ursachen von Spannungen und Konflikten abbauen.

Das kann nur gelingen, wenn man den Systemkonflikt nicht nur nach militärischen, sondern auch nach politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Maßstäben beurteilt. Die Lösung kann - in groben Zügen - nur so aussehen: Ein vereinigtes, demokratisches, sozial fortschrittliches Europa hilft durch seine Friedens- und Entspannungspolitik den demokratischen und liberalen Kräften im Ostblock sich durchzusetzen und stützt - im festen Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften in den Vereinigten Staaten - die demokratischen Reformkräfte in den Entwicklungsländern und hilft ihnen, die Ursachen der Unterentwicklung zu beseitigen.

Oder wie ich es in meiner Einbringungsrede zum Haushalt 1981 formulierte: "Gestützt auf eine leistungs- und wettbewerbsfähige Wirtschaft, deren Strukturwandel wir fördern, die es uns ermöglicht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, humane Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, die Umwelt besser zu schützen, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, Chancengleichheit schrittweise weiterzuentwickeln, werden wir unseren Beitrag zur Bewahrung des Friedens und der Freiheit in der Welt leisten; die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke stärken; die Europäische Gemeinschaft als unverzichtbare Grundlage für Frieden, Freiheit, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt weiter ausbauen; helfen, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Unabhängigkeit der Völker der Dritten Welt langfristig zu sichern, die demokratischen Reformkräfte stärken und jedes Vormachtstreben ablehnen; gemeinsam mit unseren Bündnispartnern darauf hinwirken, daß ein stabiles militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau erreicht und die Last der Rüstungskosten - auch zugunsten der Entwicklungshilfe - vermindert wird."

Die Sicherung des Friedens ist also ohne ein starkes Europa nicht möglich. Die Europäische Gemeinschaft befindet sich aber in einer schweren Krise. In dieser Beurteilung stimmen viele Politiker, Wissenschaftler und Publizisten im In- und Ausland überein und doch fällt es gar nicht so leicht, diese Krise konkret zu erfassen. Gewiß, das Problem der Agrarmarktordnungen, das bis in das Entstehen der EG zurückreicht, erreicht mit dem Abfallen der Weltmarktpreise neue Höhen. Die Ausgaben der EG stoßen an die Grenzen der ihr bislang zugestandenen Einnahmemöglichkeiten und der Streit der Mitgliedstaaten um die Verteilung der Lasten droht zu einer Dauereinrichtung zu werden. Die Entscheidungsprozesse der erweiterten Zehnergemeinschaft sind durch die Einstimmigkeitsregel im Ministerrat gelähmt. Die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, die wir aus vielen Gründen wünschen, wird diese Probleme noch verschärfen, wenn auch die mit diesem Beitritt verbundenen finanziellen Probleme von interessierter Seite übertrieben werden. Der Beitritt beider Länder ist aber gerade wegen ihres großen Einflusses auf die Entwicklung in Lateinamerika und in Afrika so ungeheuer wichtig.

Die erste Wahlperiode des ersten unmittelbar gewählten Europäischen Parlaments hat zumindest die Erwartungen nicht erfüllen können, die sich vielleicht unrealistischerweise von ihm ein neues europäisches Bewußtsein und eine neue politische Dynamik des europäischen Gedankens versprochen haben. Seine Rolle muß deshalb gestärkt werden.

Die Krise der Europäischen Gemeinschaft hat sicher auch mit Krisenerscheinungen zu tun, die nicht unmittelbar in Ihrer Verantwortung liegen: Die weltweite wirtschaftliche Stagnation und die mit ihr verbundene Massenarbeitslosigkeit ist nicht die Folge eines Ver-



sagens der Europäischen Gemeinschaft; aber die Menschen fragen nun, was diese Gemeinschaft dazu beitragen kann, die wirtschaftliche Krise zu überwinden. Die EG steht in unmittelbarer Verantwortung, wenn es darum geht, protektionistische Eingriffe in den Weltmarkt abzuwehren. Im Innern steht sie vor Zerreißproben, wo nationale Politiken zur Sicherung von Arbeitsplätzen in strukturgefährdeten Branchen oder Regionen wie in der Stahl- oder Werftindustrie aufeinanderprallen.

Man kann vielleicht noch einen Schritt weitergehen: Die westlichen Industrieländer durchleben heute - gleichzeitig, aber auch in wechselseitigen Zusammenhängen - gleich mehrere Krisen: neben der weltweiten Wirtschaftskrise die Krise der technisch-industriellen Zivilisation mit ihren Wachstums- und Umweltproblemen; die Krise der Beziehungen zwischen Industrieländern und den "unerentwickelten" Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika, und schließlich die Krise in dem Machtgefüge der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion, das in eine neue Rüstungsspirale einzumünden droht und die Frage nach der Rolle und dem Gewicht Europas neu stellt.

Stellt man diesen Problemen die Grundkonstruktion einer Europäischen Gemeinschaft gegenüber, die ursprünglich einmal als Sechsergemeinschaft mit der Perspektive einer überstaatlichen Integration gegründet worden war, aber im wesentlichen zunächst nur als ein "gemeinsamer Wirtschaftsraum" eingerichtet worden ist, so wird die Diskrepanz zwischen den Problemen der Welt von heute, den Notwendigkeiten der Friedenssicherung und den Möglichkeiten der EG deutlich.

Kritiker werden sich noch lange darüber streiten können, ob und worin in der Vergangenheit Versäumnisse begangen worden sind oder ob die politische Realität, die ja auch in starken nationalen Tendenzen immer wieder zum Ausdruck kommt, eine weitergehende europäische Integration ermöglicht hätte. Die Erfahrung zeigt wohl, daß Europa nicht in einem kühnen Wurf mit einem großen Plan oder Verfassungsentwurf zu machen ist. Es bedarf vielmehr eines zähen und immer neuen Bemühens um neue Initiativen, um Unterstützung und Einsicht in den Sinn und die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Dimension sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch auf anderen Gebieten wie zum Beispiel der Umweltpolitik, aber auch der Friedens- und Sicherheitspolitik. Europa ist Arbeit.

#### Keine sichtbaren Initiativen zur Belebung der EG

Hier setzt nun unsere Sorge und auch unsere Kritik an der neuen Bundesregierung an: Die deutsche Präsidentschaft, die jetzt zu Ende geht und deren Chancen ja erst in fünf oder gar sechs Jahren wiederkehren werden, ist bisher zu keinem sichtbaren und erfolgversprechenden Initiativen zur Belebung der EG genutzt worden. Es ist sehr die Frage, ob diese Versäumnisse am Ende der Präsidentschaft durch eine überladene Gipfelkonferenz noch wettgemacht werden können. Es war vielleicht ein Fehler, daß der Außenminister seinen Namen mit einem ambitionierten Dokument verbinden wollte, anstatt daß man sich darauf konzentriert hätte, an den heute brennenden, praktischen Problemen nach neuen Antworten zu suchen.

Einer der Gründe für das Scheitern des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg dürfte darin gelegen haben, daß die europäische Stimme offensichtlich zu wenig Gewicht besaß, um die Selbstgewißheit des amerikanischen Präsidenten und seine Friedensideologie in Frage stellen zu können. Die Art und Weise, in der Bundeskanzler Kohl sein Harmoniebedürfnis und seine ideologische Versicherung mit Frau Thatcher und anderen konservativen Regierungschefs bisher demonstrierte, läßt nicht darauf hoffen, daß in Stuttgart die wirklichen heißen Eisen angepackt werden können.

Dabei stimme ich der neuen Bundesregierung durchaus darin zu, daß es nicht dem Sinn einer Europäischen Gemeinschaft entspräche, ständig eine Nettorechnung zwischen Beitragszahlen und Rückflüssen aufzumachen. Selbst wenn man - was in Zukunft noch weniger als bisher - den Wert der Europäischen Gemeinschaft nur in ökonomischen Dimensionen messen wollte, müßte es vorwiegend um die Frage gehen, wie Europa mit seinem gemeinsamen Markt den Strukturwandel bewältigen kann und wie es einen neuen Platz in einer sich wandelnden Weltarbeitsteilung finden soll.

Die Gefahr zeichnet sich ab, daß Mitgliedsländer ihre nationalen Interessen im Verhältnis zur Gemeinschaft immer kurzfristiger definieren und diese Interessen dann ungeachtet



der europäischen Belange verfolgen. Ein solches Zerfallen der Gemeinschaft in einem ständigen Verhandlungspoker um nationale Vorteile kann nur vermieden werden, wenn Europa sich auf seine Frieden und Demokratie sichernde Rolle und auf seine Bedeutung in der Welt besinnt.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, hat in der Debatte über den Weltwirtschaftsgipfel zu Recht gesagt, daß die Unfähigkeit der westlichen Industrieländer, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, größere Gefahren heraufbeschwören kann als sie möglicherweise - wenn überhaupt - durch ein Verzögern von Raketenprogrammen riskiert würden. Europa darf angesichts dieser Herausforderung der Arbeitslosigkeit, der weltweiten Wirtschaftskrise und des Mangels an internationaler Zusammenarbeit nicht untätig bleiben. Dabei sind die Handlungsmöglichkeiten Europas nicht auf die formalen Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft beschränkt. Die Sozialdemokratische Partei fordert seit dem letzten Herbst einen internationalen Pakt für ein stärker koordiniertes Vorgehen zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise. Auf einer europäischen Gipfelkonferenz könnten die Grundlagen für einen solchen Pakt gelegt werden. Es gibt immerhin Anzeichen, daß - nicht zuletzt unter dem Druck des Europäischen Parlaments - ein Sonderprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche beschlossen wird. Dies wäre noch nicht viel, aber immerhin ein gutes Beispiel.

#### Den Zerfall der EG verhindern

Europa darf im Bewußtsein der Bürger nicht mit einer anonymen und teuren Bürokratie in Brüssel und mit Butterbergen und Degenerierung von Nahrungsgütern gleichgesetzt werden. Europa wird nur dann eine lebendige politische Realität bleiben können, wenn die in solchen Erscheinungen drohende Erstarrung überwunden und sich konstruktiv mit den brennenden Fragen unserer Zeit befassen kann. Es sollte die Regierungen der Mitgliedsländer und insbesondere die im Ministerrat präsidiierende deutsche Bundesregierung aufritteln, wenn fünf wissenschaftliche Institute Anlaß sehen, vor einem Verfall der Europäischen Gemeinschaft zu warnen. Man muß sich nur einmal die politische und ökonomische Landkarte vorstellen, die sich ergeben würde, wenn Westeuropa wieder in ein völlig unkoordiniertes Nebeneinander nationaler Wirtschaftspolitiken und Märkte auseinanderbrechen würde.

Tun wir nicht so, als gäbe es solche Gefahren nicht. Was soll man zum Beispiel davon halten, daß die französische Regierung ihren Bürgern untersagt, im Ausland ihren Urlaub zu verbringen? Und dies, obwohl Frankreich doch im Tourismus gewiß keine passive Bilanz aufweist. Eine der Lehren, die nach den beiden Ölpreiskrisen doch eigentlich hätten gelernt werden müssen, lautet, daß wir weltweit Leistungsbilanzdefizite im Interesse einer auf Wachstum gerichteten Anpassungspolitik finanzieren müssen. Nichts wäre falscher für die Weltwirtschaft und Europa, als wenn alle Länder mit negativen Leistungsbilanzen sich über die Bemühungen zur Einsparung von Importenergien hinaus in passive Strategien der Marktabschirmung flüchten würden. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft werden - verstärkt durch das Europäische Währungssystem - Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet. Diese Grundlagen müssen weiter ausgebaut werden.

Der Einfluß Europas wäre mit passiven Strategien des sich Einmauerns und des Ignorierens des Strukturwandels in der Welt zum Rückgang verurteilt. Fast alle Mitgliedsländer der Gemeinschaft weisen - wenn auch zum Teil in sehr verschiedener Form - schwere Strukturprobleme auf, die nur mit Hilfe einer vorausschauenden Strukturpolitik zu bewältigen sind. Die so oft beschworenen Krisenbranchen Schiffsbau, Stahl und Textil sind nur die Spitze des Eisberges. Die Landkarte der Arbeitslosigkeit von Irland und Schottland über Wales, Belgien, das Ruhrgebiet bis hin zum Mezzogiorno und Griechenland machen das weite Spektrum der Probleme deutlich. Die Fülle dieser realen Probleme wird durch einen Genscher-Colombo-Plan ebensowenig zu lösen sein wie durch eine wohl insze-



nierte Gipfelschau. Worauf es ankommt, ist vielmehr, daß alle im Interesse einer starken europäischen Friedensmacht über den Schatten ihrer nationalen Interessen und ihrer jeweiligen partei-ideologischen Verengung springen und neue Anstöße ermöglicht werden zur Lösung der wirklichen Probleme, die die Menschen bei uns und in den Entwicklungsländern bewegen.

Europäische Absprachen über neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit brauchen keineswegs nur darin zu bestehen, zusätzliche finanzielle Mittel für öffentliche Beschäftigungsprogramme bereitzustellen. Es ist offenkundig, daß es bei einigen Ländern - die Bundesrepublik gehört nicht zu ihnen - erst einmal darum gehen müßte, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. Inflationäre Tendenzen sind keineswegs überall gebannt, wobei im übrigen sehr zu bezweifeln ist, ob das monetaristische Rezept der Erdrosselung der Inflation durch die Geldmenge wirklich richtig ist oder ob es nicht darauf ankäme, inflationäre Ansprüche an das Sozialprodukt durch bessere Mechanismen zum Ausgleich zu bringen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Die amerikanische Geldpolitik ist und bleibt eine entscheidende Ursache der weltweiten Stagnation. Europa muß versuchen, sich von diesen Auswirkungen zu befreien. Europa kann eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, das internationale Währungssystem zu stabilisieren. Das System der internationalen Finanzbeziehungen, der Leistungsbilanzfinanzierungen und der international tätigen Banken muß weiter entwickelt werden.

Für den europäischen Gipfel in Stuttgart hat die SPD einen Beschlußvorschlag vorgelegt, der deutlich macht, welche weitere Entwicklung der Gemeinschaft und welche Initiativen wir uns zur Überwindung der Arbeitslosigkeit wünschen. Dieser Vorschlag sollte zugleich Anregung und Stütze für die deutsche Bundesregierung sein, daß sie am Ende ihrer Präsidentschaft nicht mit leeren Händen dasteht und eine weitere Chance verspielt wird, Europa zu stärken und einen Schritt voranzubringen. Nur ein starkes Europa kann Konfliktursachen beseitigen und den Frieden sichern.

(-/26.6.1983/vo-he/ca)

+

+

+





Eine letzte Chance  
-----

Auf dem Stuttgarter Gipfel dürfen nicht die Zyniker bei der Arbeitslosigkeit  
das letzte Wort haben

Von Robert Antretter MdB

Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats und  
Stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union Baden-Württemberg

Diesmal geht es an die Suustanz: Die Europäische Gemeinschaft steht unwiderruflich am Scheideweg. Die Schicksalsfrage ist, ob es die Regierungen der zehn Mitgliedstaaten in letzter Stunde schaffen, das bedrohliche Wachstum der europäischen Massenarbeitslosigkeit zu stoppen, demokratiegefährdende Tendenzen einzudämmen und notwendige Gemeinschaftsinitiativen zum Kampf um Arbeit für alle zu ergreifen.

Der Stuttgarter Gipfel der Staats- und Regierungschefs wird unter diesem Vorzeichen zu einer existenziellen Bewährungsprobe. Der Europäische Rat, einmal noch unter "deutscher Präsidentschaft", ist verpflichtet, endlich die Weichen für eine wirkliche "Wende" der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu stellen. Versagt er angesichts der dramatischen Herausforderung bei jetzt über zwölf Millionen arbeitsloser Menschen, wird er also - wie es nach dem Medienspektakel des "Weltwirtschaftsgipfels" von Williamsburg zu erwarten ist - in keiner Weise seiner geschichtlichen Verantwortung gerecht, dann steht allerdings zu befürchten, daß sich - allen zweckoptimistischen Aufschwungparolen zum Trotz - sehr rasch in Europa Müdigkeit und Hoffnungslosigkeit breit machen werden. Von der Blamage für die Kohl-Regierung abgesehen - in jedem Fall wäre dies auch ein schlimmes Omen für die nächstes Jahr zum zweiten Mal stattfindende Europawahl.

In der Tat gibt es für die europäischen Arbeitnehmer Grund genug, tief enttäuscht zu sein. Seit dem Jahr 1974, als sich nach dem Ölpreis-Schock jene immer noch kaum begriffene "Zäsur" (Erhard Eppler) ereignet hat, ist auf dem europäischen Theater ein schlechtes Stück aufgeführt worden. Jahrelang haben prominente Politiker die Notwendigkeit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion rhetorisch beschworen. Da aber in der Krise daraus partout nichts werden wollte, begnügten sie sich zunehmend mit Perspektiven einer "Europäischen Union", die jetzt in Stuttgart feierlich deklariert werden soll.

Und weil es politische Programme hagelte, fehlte es auch nicht an Maßnahmenkatalogen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die nüchternen Zahlen der Arbeitslosenstatistik allerdings sprachen eine ganz andere Sprache: Wenn sich seit 1979 allein der Umfang europäischer Massenarbeitslosigkeit verdoppelt hat und Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit als Problemfelder ersten Ranges in Erscheinung treten, dann verweist dies auf nationalstaatlichen Egoismus von Machteliten, die wirtschaftspolitische Konflikte und Strategien auf dem Rücken von sozial Benachteiligten austragen. So gesehen ist der Stuttgarter Gipfel eine letzte Chance, politische Handlungsfähigkeit zu beweisen, damit demokratische Glaubwürdigkeit wiedergewonnen werden kann.

Wie aber ist die aktuelle Lage? Es gibt über zwölf Millionen Menschen, die als arbeitslos registriert sind, was nach Auffassung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) bedeutet, daß rund 17 Millionen tatsächlich ohne Beschäftigung leben. Das sind über zwölf Prozent aller Erwerbspersonen in der EG. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren beträgt seit Jahren um 40 Prozent. Die jungen Frauen sind im Durchschnitt zu fast 50 Prozent arbeitslos. In Italien liegt die Jugendarbeitslosigkeit nahezu bei 60 Prozent. Dabei können diese Zahlen nur annähernd das Bild mancher europäischen "Krisenregion" widerspiegeln. Und die Prognosen, die vom status-quo-Europa ausgehen, sind keineswegs ermutigend.

Bei einer generellen Verringerung des Arbeitsvolumens fällt auf, daß im "Europa des Kapitals" zwangsläufig die Schwächsten vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Während Jugendliche von vornherein ausgesperrt sind, finden sich Frauen in steigendem Maße auf ihre traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter verwiesen. Die Mutter- und Familienideologie



verschleiert lediglich die Tatsache, daß 60 Prozent der sogenannten Frauenberufe in den von technologischer Rationalisierung direkt betroffenen Wirtschaftsbereichen konzentriert sind. Diese Arbeitsplätze werden also den Profitinteressen geopfert.

Immerhin hat das Europäische Parlament, nachdem der "deutsche" Märzgipfel ebenso erfolglos geblieben war wie ein "Jumbo-Rat" der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzminister, endlich am 27. April 1983 den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zum Thema einer aufsehenerregenden Sondersitzung gemacht. Dabei zeigte sich einmal mehr die politische Spaltung in ein bürgerliches und in ein sozialistisches Lager. Während die Konservativen im wesentlichen auf bessere "Rahmenbedingungen der Wirtschaft" und die "Selbsteilungskräfte des Marktes" setzen, fordern Sozialisten und Gewerkschaften mit Nachdruck ein "beschäftigungspolitisches Gesamtkonzept", das neben der Förderung selektiven Wachstums insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit als strategischen Hebel vorsieht.

Seit Anfang 1983 versucht nun der EGB, einerseits durch Delegationen zu den Regierungen der Mitgliedstaaten, andererseits durch Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit und für Umverteilung von Arbeit, die Arbeitnehmer in Europa zu mobilisieren, damit der politische Handlungsdruck verstärkt wird. Die Arbeitgeberverbände zeigen demgegenüber die kalte Schulter. Sie halten an ihrem Tabu von der 35-Stunden-Woche fest.

Was in dieser Situation während der "deutschen Präsidentschaft" erreicht wurde, ist kläglich genug. Zwar kann ein Jahresbudget von 52 Milliarden Mark, das zudem 65 Prozent allein für die Agrarpolitik verbraucht, keine intensiven Arbeitsförderungsprogramme finanzieren. Nach den tönenden Ankündigungen über die bessere Finanzausstattung der Gemeinschaft freilich nehmen sich die nicht einmal drei Milliarden Mark aus dem Sozialfonds, die Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit finanzieren sollen, doch zu bescheiden aus. Statt von der Einführung von "Computerkunde" in den Schulen zu faseln, hätten Arbeitsminister Blüm und seine Kollegen gut daran getan, auf die vom EGB seit langem vorgeschlagene "Gesamtstrategie für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" einzugehen. Es fehlen nämlich in der EC nicht nur die Mittel zum erfolgreichen Kampf um "Arbeit für alle". Es mangelt vor allem auch an mehrheitfähigen Konzeptionen zur praktischen Verwirklichung einer europäischen Struktur- und Sozialpolitik.

Während die europäische Jugend, wie Heinke Salisch als Berichterstatter im EP ausführte, in der Tat keine Raketen will, sondern Arbeitsplätze, meint nach wie vor die konservative Mehrheit, "das freie Europa" (CDU-Brok) mit teuersten Waffen verteidigen zu müssen. Dabei rückt in Wirklichkeit der verstärkte Einsatz arbeitsplatzvernichtender Mikroelektronik die grundsätzliche Frage in den Vordergrund, ob die Industriegesellschaft nicht in eine neue Phase der industriellen Revolution getreten ist, die wahrhaft radikales Umdenken nötig macht. Letztlich deuten die Kontroversen über den richtigen Weg im Kampf gegen Arbeitslosigkeit auf ein gegensätzliches Menschenbild.

Jedenfalls: Für eine menschenwürdige Zukunft kommt es beim Stuttgarter Gipfel darauf an, daß sich nicht die Position der Zyniker durchsetzt, die skrupellos mit europäischer Massenarbeitslosigkeit kalkulieren und - wie die CDU-Bundesgeschäftsstelle - Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland damit trösten, daß ihr Einkommen immerhin noch "knapp über dem Sozialhilfesatz" liege. Vielmehr hängt alles davon ab, daß die Regierungschefs jene Warnung beherzigen, die Professor Marie Jahoda auf dem Münchner SPD-Parteitag ausgesprochen hat: Wenn arbeitslose Menschen ihr Selbstvertrauen verlieren, schenken sie leicht den Versprechungen von Demagogen Glauben, "wie wir es nur allzu gut aus der Katastrophe der Vergangenheit wissen". Solche Spuren geschichtlicher Erfahrung müssen erschrecken. Sie zwingen verantwortliche Politiker zum Handeln im Interesse europäischer Demokratie.

(-/16.6.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

